

Thomas Feltes

Die Darstellung der „Ausländerkriminalität“ in der Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 – Anlass für Kritik?

Erscheint in: Kriminalistik Heft 10, 2016

Einleitung

Selten wurde die Veröffentlichung einer Polizeilichen Kriminalstatistik so von Merkwürdigkeiten begleitet wie in diesem Jahr. Zuerst wurden Teile der Statistik Ende März 2016 und damit fast zwei Monate vor der geplanten Veröffentlichung „geleakt“. Insider hatten offensichtlich der WELT Daten zur Verfügung gestellt, die einige Ergebnisse zur Einbruchskriminalität veröffentlichte, was ein Rauschen im Blätterwald nach sich zog. Fast alle bundesdeutschen Medien (von BILD über Junge Freiheit bis Handelsblatt und Frankfurter Rundschau) berichteten, teilweise mit, teilweise ohne Berufung auf den WELT-Bericht. Erst zwei Monate später, Ende Mai 2016 wird dann in einer Presseerklärung des Bundesinnenministers der Arbeitsbericht 2015 vorgestellt¹.

Ggf. hier das Bild mit Innenminister de Maiziere einfügen

Auf der Seite des BKA, auf der die PKS üblicherweise zur Verfügung gestellt wird², findet sich zu diesem Zeitpunkt und auch in den Wochen danach (zumindest bis zum 10. Juli 2016) das PKS-Jahrbuch nicht; dort sind lediglich der (kurze) IMK-Bericht sowie die ausführlichen Excel-Tabellen eingestellt³. Und auf der Seite, auf der die PKS-Jahrbücher eingestellt sind⁴, stehen sogar nur die PKS-Berichte bis 2011 zur Verfügung. Das Jahrbuch 2015 selbst steht dann ab dem 20.07.2016 zur Verfügung, mit dem (bisher einmaligen) Hinweis, dass es sich um die „Version 1.0“ handelt – offensichtlich ist geplant, weitere Versionen folgen zu lassen, was nicht nur bei zukünftigen Zitierungen aus dem Jahrbuch Probleme bereiten könnte. Mit Stand Ende Juli 2016 gibt es insgesamt fünf Versionen des IMK-Berichtes⁵.

Was ist die Grundlage für diese Verwirrung? War sie beabsichtigt? Wohl kaum. Dennoch liefert dies Anlass für Verschwörungstheorien, die in jüngster Zeit die Runde machen, wenn es z.B. um die sog. „Ausländerkriminalität“ geht. Da ist von „Politikversagen“, von „Volksbetrug“ die Rede und es wird zur „Zivilcourage“ gegen „ausländische Kriminelle“ aufgerufen⁶. Es wird „Mut zur Wahrheit“ (AfD) gefordert oder dem Bundesinnenminister „vorsätzlicher Realitätsverlust“ vorgeworfen⁷. Unter Berufung auf George Orwell wird verkündet: „In Zeiten der universellen Täuschung wird das Aussprechen der Wahrheit zur revolutionären Tat“⁸.

Aber was ist die „Wahrheit“ und haben wir es tatsächlich mit einer Täuschung zu tun oder „nur“ mit schlechten Timing und ungeschicktem Datenmanagement? Auch letzteres wäre Skandal genug, um sich damit zu beschäftigen, denn in einem – spätestens nach den Ereignissen in Köln an Silvester 2015 – aufgeheizten und zunehmend fremdenfeindlichen Klima grenzt solches Missmanagement politisch an Harakiri. Tatsächlich ist die Website des BKA, auf der die

Informationen zur PKS 2015 bereitgestellt werden, alles andere als übersichtlich, um es vorsichtig zu formulieren.

Die Kritik an der PKS

Vieles gibt es zu kritisieren an der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), dem Arbeitsnachweis der Polizei, der so oft politisch missbraucht wird. Wenn man glaubt, eine Lücke in der PKS gefunden zu haben, dann verwundert dies eigentlich nicht – es sei denn, es wird behauptet, diese Lücke sei politisch gewollt oder es werde ein „Versteckspiel“ betrieben, wie Jaeger dies behauptet („Der Kriminalist“ 7/8, 2016)⁹. Dann muss man doppelt und dreifach hinsehen und prüfen. Die Darstellung oder eben Nicht-Darstellung der „Ausländerkriminalität“ ist aber kein Versteckspiel, wie im Folgenden gezeigt wird.

Nichtdeutsche Tatverdächtige sind nicht nur Ausländer, Flüchtlinge und Asylsuchende. Unter diese Kategorie fallen ebenso Austauschstudenten, Fernfahrer, Stationierungsstreitkräfte und Touristen – aber beispielsweise nicht Migranten¹⁰. Allein in Berlin kommen auf 3,5 Millionen Einwohner jährlich etwa 8 Millionen ausländische Touristen – man darf annehmen, dass auch sie die eine oder andere Straftat begehen, und seien es „nur“ Beförderungerschleichung, Ladendiebstahl oder Diebstahl von „Souvenirs“ aus Hotels. Es ist somit (wie Hannes Soltau in der ZEIT vom 21.03.2016 schreibt), „sinnlos, die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen mit dem Anteil von Ausländern an der Berliner Bevölkerung zu vergleichen. ... Denn die Bevölkerungsstatistik erfasst im Gegensatz zur Kriminalitätsstatistik weder die oben genannten Gruppen, noch Durchreisende oder Angehörige international organisierter Banden, die maßgeblich für Einbruchsserien und den Diebstahl von Kraftfahrzeugen verantwortlich sind“¹¹. Deshalb schreibt das BKA eben auch, dass seine Statistiken keine vergleichende Bewertung der Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Nichtdeutschen zulassen. Sie wird aber dennoch immer wieder und zunehmend offensichtlich gerne gemacht¹². Wissenschaftlich seriöse Beschäftigungen mit dem Thema (wie zuletzt von Kreuzer in dieser Zeitschrift¹³) sind eher die Ausnahme.

„Statistischen Realitäten“ oder „alles Lüge“?

Wir wissen, dass es keine statistischen Realitäten gibt – das wäre auch ein Widerspruch in sich, denn Statistiken sind immer nur ein mehr oder weniger getreues, aber nie vollkommenes Abbild von Realität. Und Abbilder können täuschen. Eine wichtige Konsequenz aus der vordergründigen Überrepräsentanz von Nicht-Deutschen an der polizeilich registrierten Kriminalität (dies ist, wie jeder Kriminalist weiß, nicht die Kriminalitätsrealität) muss sich mit den Ursachen dieser Überrepräsentanz beschäftigen. Wenn man Sätze wie die folgenden in einer „Fachzeitschrift“ findet, dass denkt man eher an ein soziales Netzwerk (den postmodernen Stammtisch): „Es scheint verpönt zu sein, im Zusammenhang mit Presseveröffentlichungen und Erklärungen der Polizei Nationalitäten von Tatverdächtigen bis auf Ausnahmen zu veröffentlichen. Die Politik und die Polizeiführung glauben fälschlicherweise, dass es der Bevölkerung wohl egal ist, ob die Straftat von einem Deutschen oder von einem Nichtdeutschen begangen wurde“ (so Jaeger aaO.)¹⁴. Lügenpresse, Lügenpolitik, Lügenpolizei? Alles Lüge – das hatte Rio Reiser schon 1986 erkannt¹⁵. Aber leider – oder besser: zum Glück - ist es so einfach nicht.

Das Thema Ausländerkriminalität hat in den vergangenen Monaten in der Öffentlichkeit erheblich an Bedeutung gewonnen und wird zunehmend für politische Auseinandersetzungen missbraucht. Sich damit zu beschäftigen ist daher wichtig, um einem möglichen Missbrauch der Daten entgegenzuwirken. Zu oft werden das Thema und die zur Ausländerkriminalität vorliegenden Daten (meist unbewusst, manchmal aber auch vorsätzlich) fehlinterpretiert. Positiv ist übrigens zu bewerten, dass Bundeskriminalamt und den meisten Landeskriminalämtern sich (wissenschaftlich berechtigt) hier zurückhalten – was Bösgläubige wohl mit politischer Einflussnahme oder vorauseilendem Gehorsam begründen würden.

Die Fakten: Der Anstieg der polizeilich registrierten Taten von Nicht-Deutschen im Jahr 2015

Die Gesamtzahl der in der PKS registrierten nichtdeutschen Tatverdächtigen ist im Jahr 2015 erheblich angestiegen, und zwar von 617.392 (2014) auf 911.864 (2015)¹⁶ (s. Abbildung).

Hier Abbildung einfügen

Der Anstieg um rund 48% zwischen 2014 und 2015 einmalig. Aber das Jahr 2015 war eben auch einmalig, denn in diesem Jahr sind mehr als eine Million Flüchtlinge (Nichtdeutsche) in unser Land gekommen. Will man die Entwicklung der PKS-Zahlen kriminologisch analysieren, dann muss man sich aber die Entwicklung einzelner Tatbestände und auch einzelner Altersgruppen genauer ansehen.

Die folgende Tabelle macht deutlich, dass der Anstieg sich letztendlich auf rund 63.000 Taten beschränkt, wenn man die Straftaten ohne die Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz/EU (89000) zugrunde legt. Die letztgenannten Verstöße können – nicht nur, aber vor allem im Jahr 2015 – aus verschiedenen Gründen in einen Vergleich nicht einbezogen werden. So erfolgte bspw. die Aufnahme von Strafanzeigen beim (illegalen) Grenzübertritt in Bayern mehr oder weniger zufällig; es wurde sogar berichtet, dass die am Anfang einer Bearbeitungsreihe von der Polizei aufgenommenen Anzeigen am Ende der Reihe sofort von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurden¹⁷. Somit verbleibt ein Anstieg von 13% - deutlich weniger als die 48%, die der unzulässige Vergleich der Tatverdächtigen aller Straftaten suggeriert. Zudem wird deutlich, dass die besonders öffentlich diskutierten Taten wie Wohnungseinbruchdiebstahl und Sexualdelikte einen deutlich niedrigeren Anstieg zu verzeichnen haben (17% bzw. 8%).

Hier Tabelle 1 einfügen!

Flüchtlinge sind nicht höher belastet als Deutsche

Rechnet man diesen Anstieg alleine den 1,1 Mio. Flüchtlingen zu, die 2015 zu uns gekommen sind, dann würde dies eine Tatverdächtigenbelastungszahl von ca. 5.800 ergeben. Zum Vergleich: Die TVBZ Deutscher für alle Straftaten (ohne die ausländerrechtlichen Verstöße) lag 2015 bei 2.124. Demnach wäre die Tatverdächtigenbelastung nichtdeutscher Flüchtlinge um rund 170% höher als die der Deutschen. Sieht man sich jedoch die Tatverdächtigenbelastungszahlen der Deutschen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren an (und damit der Altersgruppe, die den Flüchtlingen am ehesten entspricht¹⁸), dann ergibt sich ein anderes Bild. Hier liegen diese Zahlen für Deutsche zwischen 4.200 und 5.800 – also durchaus in dem Bereich, der sich anhand dieser (unzulänglichen¹⁹) Berechnung für Flüchtlinge ergibt. Wenn man diese

Zahlen nun – was anhand der verfügbaren Daten allerdings nicht möglich ist – auf die öffentlichkeitswirksamen Delikte wie Wohnungseinbruch und Sexualstraftaten umrechnen würde, dann dürften in diesen Bereichen der Anstieg der nichtdeutschen Tatverdächtigen (und vor allem die Flüchtlinge) sogar deutlich niedriger ausfallen als zu erwarten wäre.

Ein weiteres Kuriosum sei nur am Rande erwähnt: Bei den in der PKS erfassten fast 10.000 tatverdächtigen Kindern unter 6 Jahren ist ein Anstieg von über 1000% seit 2012 zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich fast ausschließlich um Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeits-gesetz/EU. 57 Kinder sind sogar wegen „Erschleichen eines Aufenthaltstitels“ registriert worden. Ob hier wohl die Täterschaft lt. PKS-Richtlinien angemessen geprüft wurde²⁰?

Kriminologische Bewertung

Im Folgenden wird gezeigt, dass eine seriöse Einordnung der vorhandenen Zahlen (und Zahlen sind nicht Fakten) zur Kriminalität von Deutschen und von Ausländern aus verschiedenen Gründen tatsächlich (und nicht politisch gewollt) schwierig ist. Damit wird auch deutlich, dass die von den Innenministerien und Bundes- und Landeskriminalämtern zumeist, wenn auch nicht immer, geübte Zurückhaltung bei der Interpretation der vorhandenen Daten eine weise und kluge Entscheidung ist. Im Ergebnis wird noch einmal die seit vielen Jahren kriminologisch nachgewiesene Tatsache hervorgehoben, dass die statistisch ausgewiesene, vordergründige Mehrbelastung von Ausländern fast vollkommen durch Faktoren wie Alter, Geschlecht und sozialer Status zu erklären ist. Kriminalität ist demnach keine Frage des Passes oder der ethnischen Zugehörigkeit, sondern der Lebenslage.

Ausweislich der PKS lag der Anteil der Nichtdeutschen 2015 an den tatverdächtigen Personen bei 38,5%, während der Ausländeranteil an der Bevölkerung 11,1 % betrug²¹. Auf den ersten Blick also ein klarer Unterschied, der sich allerdings schon relativiert, wenn man die ausländerrechtlichen Verstöße nicht berücksichtigt. Dann liegt der Anteil nur noch bei 27,6%. Generell sind diese Zahlen jedoch mit großer Vorsicht zu interpretieren und eigentlich sogar irreführend bzw. kriminologisch und kriminalpolitisch wertlos. Warum?

(1) Das Bundeskriminalamt weist selbst auf „mögliche Einflussfaktoren“ hin, „die sich auf die Entwicklung der Zahlen in der Polizeilichen Kriminalstatistik auswirken: Anzeigeverhalten (zum Beispiel unter Versicherungsaspekten), polizeiliche Kontrolle, statistische Erfassung, ... echte Kriminalitätsänderung“.²² Die Polizeiliche Kriminalstatistik bietet also „kein getreues Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger starke **Annäherung an die Realität**“ (Zitat aus der o. g. Quelle). **Eine „echte“ Kriminalitätsänderung ist also eine Erklärung für statistische Veränderungen, aber weder die einzige noch die wesentlichste**, wie in den Dunkelfeldstudien Bochum I bis III nachgewiesen wurde. Zwei Drittel der Zunahme polizeilich registrierter Körperverletzungsdelikte beruhten danach auf einer bloßen Veränderung der Anzeigebereitschaft²³. Das Anzeigeverhalten ist damit die wichtigste Determinante in Hinsicht auf Umfang, Struktur und Veränderung der statistisch erfassten und damit sichtbaren Kriminalität, worauf auch der 2. Periodische Sicherheitsbericht hinweist²⁴. Ohne eine angemessene Aufhellung des Tatdunkelfeldes sind Aussagen über Veränderungen von Straftaten und Straftätern alleine anhand der PKS unzulässig.

(2) Hinzu kommen offensichtliche **Erfassungsfehler bei der Erstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik**. So waren in einer vor einigen Jahren durchgeführten Studie in Süddeutschland in 35% der untersuchten Fälle den für die Erfassung der Daten zuständigen Beamten die PKS-Richtlinien nicht bekannt und 29% kannten die PKS-Richtlinien zwar, interpretierten diese aber falsch.²⁵ Diese Probleme führen dazu, **dass es sich bei der PKS vor allem um einen Arbeitsnachweis der Polizei handelt und nicht um eine kriminologisch verlässliche Datensammlung**.

(3) Die zumeist verwendeten Absolutzahlen reflektieren nicht die Entwicklung der Bevölkerungszahlen. Hier kann nur die sog. Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) genaue Auskunft über Veränderungen und Belastungen bestimmter Gruppen geben. **Verlässliche Tatverdächtigenbelastungszahlen können aber für die nichtdeutschen Tatverdächtigen nicht errechnet werden, weil in der Einwohnerstatistik keine entsprechenden Vergleichszahlen vorhanden sind**. So fehlen – wie bereits erwähnt - die amtlich nicht gemeldeten Ausländer, die sich hier erlaubt (z. B. als Touristen, Geschäftsreisende, Besucher, Grenzpendler, Stationierungstreitkräfte oder Diplomaten) oder unerlaubt aufhalten. Außerdem sind die Fortschreibungszahlen für die amtlich gemeldete ausländische Wohnbevölkerung erfahrungsgemäß äußerst unzuverlässig. Und dass eine Million mehr Flüchtlinge (Ausländer) auch mehr Straftaten bedeuten, ist offensichtlich, zumal die Unterbringung dieser Flüchtlinge selbst kriminogene Ursachen setzt, worauf André Schulz hingewiesen hat²⁶. Sein Zitat in einem Interview für die WELT wurde dennoch nicht von allen goutiert: „Würde man 1.500 Franken mit 1.500 Oberbayern, also zwei fremde Kulturen, in einen leer stehenden Baumarkt ohne jegliche Privatsphäre quetschen und diese über Wochen zum Nichtstun verdammen, würde es dort auch innerhalb kürzester Zeit zu Spannungen und Handgreiflichkeiten kommen“.²⁷

(4) **Ein Vergleich der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung der nichtdeutschen Wohnbevölkerung mit der deutschen ist wegen des Dunkelfeldes der nicht ermittelten Täter („Täterdunkelfeld“) unzulässig**. Es ist allgemein bekannt, dass weniger als 30% aller von der Polizei an die Staatsanwaltschaft abgegebenen und als „aufgeklärt“ definierten Verfahren tatsächlich vor Gericht landen²⁸. Der Rest wird aus verschiedenen Gründen zumeist eingestellt. Aufgrund von Dunkelfeldstudien und Hochrechnungen wissen wir, dass in Deutschland jährlich mindestens 20 - 25 Millionen Straftaten begangen werden. Angezeigt bei der Polizei werden nur rund sechs Millionen Taten (also etwa 25%), als tatverdächtig von der Polizei ermittelt werden weniger als zwei Millionen Personen (10% aller Taten) und rechtskräftig verurteilt durch die Gerichte werden weniger als 800.000 (rund 3,2%). Konkret bedeutet dies, dass nur bei jeder 30. Straftat eine Verurteilung erfolgt. Dass es einen Unterschied macht, ob man Zahlen aus der PKS oder aus der Strafverfolgungsstatistik einer Bewertung der Ausländerkriminalität zugrunde legt, macht folgender Vergleich deutlich: 2013 wurden ca. 185.000 Nichtdeutsche verurteilt; die Zahl der polizeilich registrierten Tatverdächtigen lag jedoch bei 538.000. Um hier einen möglichen Einwurf vorweg zu nehmen: Das liegt nicht an einer zu laschen Justiz oder an fehlendem Engagement oder Personal der Justiz, sondern ist auch darauf zurückzuführen, dass die Aufklärungsquote inzwischen als „heilige Kuh“ der Polizeiarbeit gesehen und als Monstranz jeder Diskussion über den Erfolg von Polizeiarbeit vorgetragen wird, obwohl hier (bewussten und unbewussten) Manipulationen Tür und Tor geöffnet sind²⁹.

Ein Beispiel: Beim Wohnungseinbruchdiebstahl soll sich der Anteil der Nichtdeutschen in den letzten 13 Jahren mehr als verdoppelt haben. Dabei wissen wir, dass die Aufklärungsquote bei diesem Delikt sehr niedrig ist und zudem noch dadurch „geschönt“ wird, dass deutlich mehr Fälle als „aufgeklärt“ an die PKS gemeldet werden, als dies zu rechtfertigen ist. Nicht umsonst stellt die Staatsanwaltschaft fast 80% aller Verfahren in diesem Zusammenhang ein. Oder anders formuliert: Bei 100 Einbruchdiebstählen werden nur ein bis zwei Personen rechtskräftig verurteilt³⁰, und **nur bei ihnen kann man eine verlässliche Aussage zur Herkunft machen.**

(5) Wer unreflektiert und unkommentiert ausschließlich PKS-Zahlen verwendet, ohne auf diese Zusammenhänge einzugehen, der betreibt geistige Brandstiftung. Die Politik will eben nicht die „Tatsache“ der überproportionalen Beteiligung von nichtdeutschen Tatverdächtigen an bestimmten Kriminalitätsformen öffentlich verheimlichen oder verstecken, wie dies behauptet wird, sondern die Politiker handeln hier verantwortungsbewusst. Die Richtlinien des deutschen Presserates³¹ wurden denn auch nach den Ereignissen in Köln mit guten Gründen nicht geändert (s. dazu auch Kreuzer in Kriminalistik 7, 2016, S. 449). Ein Hinweis auf die Herkunft eines Straftäters ist danach dann sinnvoll und notwendig, wenn er zum Verständnis des Tatgeschehens notwendig ist. Aber eben nur dann. Und so wurde und wird es auch von den meisten Polizei-Pressestellen praktiziert.

(6) Die Kriminalitätsbelastung der Deutschen und Nichtdeutschen ist aufgrund der unterschiedlichen strukturellen Zusammensetzung (Alters-, Geschlechts- und Sozialstruktur), die für die Kriminalitätsbelastung einzelner Gruppen eine entscheidende Rolle spielt, **nicht vergleichbar**. Die sich in Deutschland aufhaltenden Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind im Vergleich zur deutschen Bevölkerung im Durchschnitt jünger und häufiger männlichen Geschlechts. Sie leben eher in Großstädten, gehören zu einem größeren Anteil unteren Einkommens- und Bildungsschichten an und sind häufiger arbeitslos. Dies führt zu einem höheren Risiko, Straftaten zu begehen und polizeiauffällig zu werden. Versucht man, die durch diese Faktoren verursachte (und damit verfälschende) Überrepräsentation in der PKS zu berücksichtigen, **dann verbleibt am Ende nur eine sehr geringe stärkere Belastung von Nichtdeutschen**, worauf Wolfgang Heinz immer wieder hingewiesen hat.³²

(7) Faktoren, die kriminologisch betrachtet einen Zusammenhang mit der Häufigkeit der Begehung von Straftaten aufweisen, dürfen weder personalisiert werden noch dürfen daraus individuelle Vorwürfe gegenüber Angehörigen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe gemacht werden. Diese Faktoren sollen helfen, Entwicklungen zu verstehen, zu analysieren und zu bewerten. Die PKS erfasst eben „nur“ die Staatsangehörigkeit. Das Ungleichgewicht im Hellfeld kann zu großen Teilen durch kriminologisch relevante Faktoren erklärt werden, so dass zuverlässigere Aussagen nur anhand von Dunkelfelduntersuchungen möglich sind. **Die ausländische Herkunft ist kein kriminogener Faktor.** Vielmehr stellen die jeweilige Lebenssituation und -geschichte einen wichtigen Anhaltspunkt für die Entstehung von Delinquenz dar. Hierauf und nicht auf die Nationalität muss abgestellt werden, wenn es darum geht, kriminalpräventive und auch andere polizeiliche Maßnahmen zu entwickeln. Die Berliner Polizei hat auf die Vielfältigkeit möglicher Ursachen hingewiesen: „Die Ursachen für Kriminalität sind vielfältig (...). Eine besondere Rolle spielen die Sozialisation und das Umfeld einer Person. Als relevante soziologische Einflussfaktoren sind beispielhaft der Bildungsstand, mangelnde

Sprachkenntnisse, eigene Gewalterfahrungen in der Kindheit, der Freundeskreis und die finanzielle Situation zu nennen. Ein Teil dieser ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen sind für die Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland in der Regel ungünstiger als für Deutsche³³. Hierauf haben schon früh Studien des LKA Bayern unter Federführung von Wiebke Steffen hingewiesen³⁴. **Kriminalität ist eben keine Frage des Passes (oder der ethnischen Herkunft), sondern eine Frage von Lebenslagen.** Unter dieser Überschrift war bereits im Jahr 2000 ein Beitrag von Steffen und Elsner im „Deutschen Polizeiblatt“ erschienen³⁵, und Manuel Eisner hatte zuvor darauf hingewiesen, dass ‘Ausländer’ eine politische Kategorie ist, „die sich aus der Differenz zwischen der Staatsangehörigkeit eines Individuums und seinem momentanen geographischen Standort ergibt. Dafür, dass dies eine Ursache für Kriminalität sein sollte, existiert kein einziger triftiger Grund“³⁶. Nicht die Tatsache, eine deutsche oder nichtdeutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, kann „kriminell“ machen, sondern die mit dieser Tatsache möglicherweise verbundenen Besonderheiten und Probleme. Es ist in der Kriminologie unbestritten, dass „Lebenslagen“ für die Entwicklung von Kriminalität und vor allem für kriminelle Karrieren von entscheidender Bedeutung sind. Es sind nicht individuelle oder kulturelle Merkmale, die eine Rolle spielen, sondern soziale, wirtschaftliche und familiäre. Kriminalität von Ausländern und von Deutschen wird grundsätzlich durch die gleichen Faktoren verursacht. Hier, und nicht an der Nationalität muss präventiv, aber auch repressiv angesetzt werden.

Fazit

Genauso wenig wie es die Kriminalität „der Deutschen“ gibt, gibt es die Kriminalität „der Ausländer“. Diese Begrifflichkeiten sind irreführend und stigmatisierend. Kriminalität lässt sich nicht an dem im Pass eingetragenen Herkunftsland festmachen. Niemand ist oder wird kriminell, nur weil er in Algerien, Rumänien, Österreich oder Bayern geboren ist. Entscheidend sind die Lebensbedingungen, die dafür sorgen, ob Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene kriminell werden. „Importierte“ Kriminalität (z.B. durch bulgarische Diebesbanden) müssen wir vor dem Hintergrund des geeinten Europas und der Vorteile, die gerade Deutschland (auch finanziell) daraus zieht, ebenso in Kauf nehmen wie andere Nachteile einer globalisierten Welt (vgl. die aktuelle Diskussion um CETA und TTIP). Diese Entwicklung darf aber nicht missbraucht werden um Ausländer und Flüchtlinge pauschal zu diffamieren oder gesellschaftliche Ängste auf ihnen abzuladen, deren Ursachen in anderen Bereichen zu suchen sind. Die aktuell hervorbrechenden Zukunftsängste sowie allgemeine soziale Ängste, z.B. vor Altersarmut, Krankheit im Alter oder Terrorismus werden hier leichtfertig auf eine Gruppe von Menschen übertragen, die nicht per se kriminell sind, es aber durchaus werden können, wenn wir nicht angemessen mit ihnen umgehen. Generell scheinen solche Zukunftsängste, bedingt durch eine allgemeine und überaus nachvollziehbare Verunsicherung in unserer Gesellschaft gegenwärtig die öffentliche Diskussion massiv zu beeinflussen.

Allerdings wird hier sehr oft „über Bande“ gespielt. Nicht oder nicht kurzfristig beeinflussbaren Faktoren wie die globalen Herausforderungen durch weltweit mehr als 60 Mio. Menschen, die sich auf der Flucht vor Krieg, Unruhen und Dürre befinden³⁷ werden ebenso wie die sich in der Null-Zins-Politik abzeichnende Finanzkrise (die sich in Altersarmut bemerkbar macht) und die immer größer werdende und von den Bürgern inzwischen auch bemerkte Kluft zwischen Arm und Reich³⁸ gerne dadurch vertuscht, dass man Sünderböcke sucht, die sich nicht wehren

können. Daran beteiligen sich leider nicht nur die „sozialen Stammtische“ im Netz, sondern zunehmend auch Politiker und Polizisten, obwohl diese es eigentlich besser wissen müssten. Wer sich sozial abgehängt fühlt, legt keinen Wert mehr auf diese Gesellschaft und kann daher auch keine Empathie gegenüber seinen Mitmenschen entwickeln. Sozial abgehängt sind eben nicht nur Amokläufer und die meisten Terroristen, sondern auch die Mehrheit der AfD-Wähler und der Kleinkriminellen.

Damit wird die Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft erschwert, die der beste Schutz vor Straffälligkeit ist. Es geht hier auch nicht um ein „Recht auf Integration“ (Fuchs)³⁹, sondern darum, dass Integration ein wesentliches kriminalpräventives Element ist, unsere Gesellschaft. Schon aus Eigennutz muss dies also angestrebt werden. Zuzustimmen ist Fuchs übrigens, wenn er feststellt: „Sicherheitsdefizite haben eben in aller Regel soziale Ursachen, was nicht zuletzt auch die Flüchtlingssituation zeigt. Kriminalprävention ist immer Sozialprävention und umgekehrt!“ Überträgt man grundlegende kriminologische Erkenntnisse auf die aktuelle Situation, dann wird deutlich, dass es uns in den nächsten Jahren gelingen muss, die Flüchtlinge (alles – noch - „Ausländer“) zu integrieren und soziale Bedingungen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, ein Leben ohne Kriminalität zu führen. Dazu ist auch eine Familienzusammenführung unabdingbar, denn intakte Familien sind ebenso wie funktionierende Nachbarschaften ein wesentlicher protektiver Faktor. Der soziale Zusammenhang, der inzwischen als der wichtigste kriminalpräventive Faktor gilt⁴⁰, muss gestärkt werden. Andere Vorschläge wie Kreuzer sie gemacht hat und die in Richtung mehr Videoüberwachung, mehr Polizei und mehr Datensammlung gehen⁴¹, sind nicht zielführend und lenken eher vom Thema ab, da sie an Symptomen ansetzen und nicht an den Ursachen. „Mehr vom Selben“ (Watzlawick) hat noch selten gewirkt, und wer an Symptomen kuriert verschärft das Problem nur. Dysfunktional sind auch Versuche, Vorurteile gegenüber Ausländern zu schüren. Kriminalität ist ein zu ernstes Thema um damit zu polemisieren und Stimmung zu machen. Das sollten zumindest diejenigen beherzigen, die nicht rechtsextremistische Entwicklungen in unserer Gesellschaft unterstützen wollen. Und ähnlich wie man bei Amokläufern oder Terroristen nach dem „Nutzen der Radikalisierung“ für diese Täter fragen muss, wenn man das Handeln verstehen will (s. Nahlah Saimeh in ihrem Interview in der „WELT“ vom 10.07.2016⁴²), genauso muss man fragen, was der Nutzen der Fokussierung auf nichtdeutsche Straftäter sein soll. Im Moment zumindest scheint es so, als dass dadurch nur Fremdenfeindlichkeit geschürt und politische Pfründe gesichert werden sollen. Die Ergebnisse liegen bereits vor. Die Daten aus den Studien von Andreas Zick (Bielefeld) aus den vergangenen zwei Jahren zeigen deutlich, dass die Ablehnung von jungen Migranten massiv angestiegen ist⁴³. In der letzten Umfrage Ende 2015, Anfang 2016 stimmten 49 Prozent der Befragten ohne eigenen Migrationshintergrund und 48% der Befragten mit Migrationshintergrund der Meinung zu: „Je mehr Flüchtlinge Deutschland aufnimmt, desto größer ist die Gefahr von Terrorismus“. Insbesondere die ältere Generation ab 61 Jahren neigt verstärkt zur Ablehnung von Geflüchteten und sieht Deutschland gefährdet. Befragte, die über einen hohen Bildungsgrad verfügen, tendieren signifikant seltener zu ablehnenden Einstellungen gegenüber Geflüchteten, Personen mit niedrigem und mittlerem Bildungsgrad unterscheiden sich dagegen nicht.

Hier Tabelle 2 einfügen!

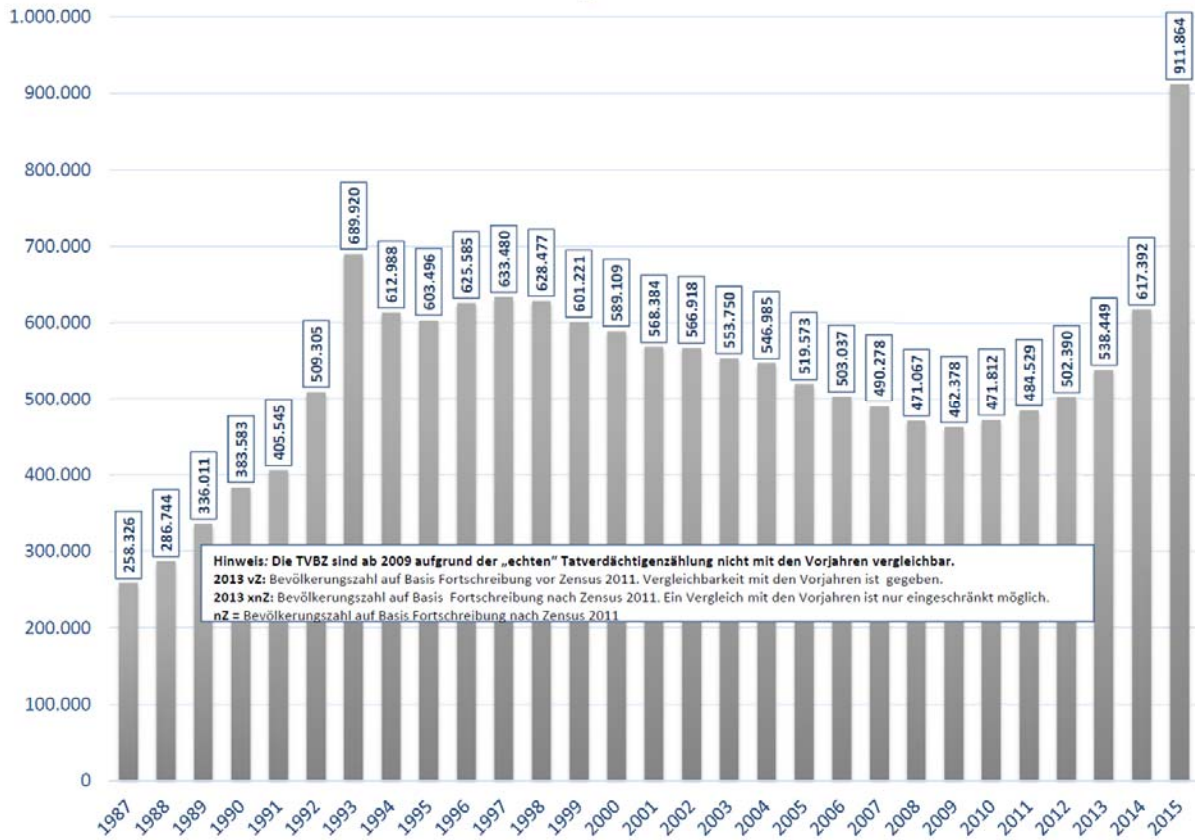
Zick weist zurecht darauf hin, dass es bei Vorurteilen nicht bleibt. „Auf europäischer Ebene haben wir gesehen: Wenn es eine subjektiv erlebte Terrorgefahr gibt, dann wollen die Leute Diskriminierung. Man will, dass etwas mit der Gruppe, die verdächtigt wird, geschieht.“⁴⁴ Falsche oder tendenziöse Darstellungen der PKS unterstützen diese Tendenz. Sie legen die Lunte für eine Bombe, die irgendwann hochgehen wird.

Bild (Quelle: BMI) <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html>



Abbildung:

Nichtdeutsche Tatverdächtige zwischen 1987 und 2015



Quelle: PKS 2015

Tabelle 1: Polizeilich registrierte Straftaten von Nicht-Deutschen 2014 und 2015

Delikt	2014	2015	Anstieg	% ⁽¹⁾
Straftaten insgesamt, jedoch ohne Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz/EU (89000) (ohne Schlüsselnr. 725000)	492.610	555.820	63.210	13%
Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz/EU (725000)	144.665	388.067	243.402	168%
Gesamtzahl	637.275	943.887⁽²⁾	306.612	48%
Wohnungseinbruchdiebstahl (435*00)	6.052	7.096	1.044	17%
Schwerer Diebstahl (4***00)	38.471	42.936	4.465	12%
Einfacher Diebstahl (3***00)	124.734	150.544	25.810	21%
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (100000)	6.090	6.592	502	8%

(1) %-Zahlen sind gerundet. Quelle: Excel-Tabelle des BKA Zeile 10353 sowie Zeile 8981.

(2) Wieso diese (*) Gesamtsumme deutlich mehr als die Gesamtzahl der TV lt. PKS (911.864) ergibt, bleibt unklar.

Tabelle 2: Einstellungen der Deutschen zu Geflüchteten 2015/2016

Statement „stimme zu“	Deutsche ohne Migrationshintergrund	Deutsche mit Migrationshintergrund
Die hohen Flüchtlingszahlen gefährden die Zukunft Deutschlands.	35,7 %	38,3 %
Je mehr Flüchtlinge Deutschland aufnimmt, desto größer ist die Gefahr von Terrorismus.	49,3 %	47,9 %
Sobald sich die Lage in den Heimatländern der Flüchtlinge verbessert hat, sollten sie dorthin zurückgeschickt werden.	54,8 %	53,8 %

Quelle: ZuGleich Zugehörigkeit & (Un-)Gleichwertigkeit. Studie der Stiftung Mercator. Autor Andreas Zick; verfügbar unter <https://www.stiftung-mercator.de/de/projekt/zugleich-zugehoerigkeit-un-gleichwertigkeit/>.

- ¹ <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html> Zeitgleich findet sich das Jahrbuch der PKS 2015 auch auf einer Seite seines Ministeriums, die auf den 06.05.2015 (!) datiert ist und auf der die PKS 2014 (!) vorgestellt wird: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/05/pks-und-pmk-2014.html> (10.07.2016)
- ² http://www.bka.de/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/pks_node.html (10.07.2016)
- ³ Mit dem Hinweis, dass seit dem Berichtsjahr 2014 die PKS-Tabellen (Standard und BKA) sowie die PKS-Zeitreihen nicht mehr im PDF-Format, sondern als Excel- und CSV-Dateien angeboten werden.
- ⁴ http://www.bka.de/nn_205932/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/AeltereAusgaben/PksJahrbuecher/pksJahrbuecher_node.html?_nnn=true (10.07.2016)
- ⁵ <https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2015/pks2015.html>
- ⁶ <https://volksbetrugpunkt.net.wordpress.com/tag/auslaenderkriminalitat/>
- ⁷ <http://afd-thl.de/2016/06/20/vorsaetzlicher-realitaetsverlust-vom-umgang-des-bundesinnenministeriums-mit-der-auslaenderkriminalitaet/>
- ⁸ <http://www.politikversagen.net/tatverdaechtiger-lenkte-verdacht-auf-pegida>
- ⁹ Jaeger, Das Versteckspiel mit den erschreckenden Entwicklungen bei nichtdeutschen Tatverdächtigen in der Polizeilichen Kriminalstatistik. In: Der Kriminalist 7/8 2016, S. 7ff. (Teil 1).
- ¹⁰ Zur Problematik der Kriminalität von Migranten vgl. Feltes/Weingärtner/Weigert, Ausländerkriminalität. In: Zeitschrift für Ausländerrecht (ZAR) 2016, S. 157 ff.
- ¹¹ <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-03/fluechtlinge-kriminalitaet-auslaender-polizeiliche-kriminalstatistik/komplettansicht> (10.07.2016)
- ¹² S. Jaeger, FN 9.
- ¹³ Kreuzer, Arthur: Flüchtlinge und Kriminalität. Ängste- Vorurteile – Fakten. In: Kriminalistik 7, 2016, S. 445 ff.
- ¹⁴ Jaeger aaO., S. 7.
- ¹⁵ „Es ist wahr es ist wahr daß das Ausland vielmehr Ausländer als Deutsche hat. Es ist wahr daß die Sonne nicht um die Erde und der Mond nicht um 'n Fußball kreist ... Es ist wahr es ist wahr die meisten Menschen wollen nicht in Dortmund leben sondern Essen. Es ist wahr es ist wahr daß die Kühe das Gras nicht rauchen sondern fressen. Das ist wahr das ist wahr. Aber sonst aber sonst: Alles Lüge. Quelle: <http://www.rioreiser.de/rioreiser/musik/songtextallesluege.html>
- ¹⁶ Excel-Tabelle des BKA, Zeile 41; s.a. die Tabelle auf der nächsten Seite.
- ¹⁷ „Anzeige schreiben, Anzeige zerreißen“ in der ZEIT vom 27.10.2015 <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/fluechtlinge-polizei-ermittlung-illegale-einreise> (10.07.2016)
- ¹⁸ Rund 513.000 bzw. 56% der nichtdeutschen Tatverdächtigen insgesamt sind (2015) unter 30 Jahre alt.
- ¹⁹ Diese Berechnung ist auch deshalb unzulänglich, da nicht alle 1.1 Mio. Flüchtlinge im gesamten Verlauf des Jahres 2015 in Deutschland waren und dort Straftaten begehen konnten.
- ²⁰ Nach 2.2 dieser Richtlinie ist „Tatverdächtig jeder, der nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis aufgrund zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte verdächtig ist, eine rechtswidrige (Straf-) Tat begangen zu haben. Dazu zählen auch Mittäter, Anstifter und Gehilfen“. Zwar soll mangelnde Deliktsfähigkeit (z.B. bei Kindern unter 14 Jahren) nicht berücksichtigt werden. Allerdings ist mehr als zweifelhaft, ob Kinder unter 6 Jahren rechtlich und tatsächlich überhaupt in der Lage sein können, eine Straftat zu begehen. D.h. ob hier tatsächlich eine „Handlung“ im juristischen Sinn vorliegt.
- ²¹ Insgesamt lebten am 31. Dezember 2015 in Deutschland 9.107.893 Ausländer; <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1221/umfrage/anzahl-der-auslaender-in-deutschland-nach-herkunftsland/> Einwohner insgesamt September 2015: 81.770.944
- ²² http://www.bka.de/nn_193232/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/AllgemeineHinweise/allgemeineHinweise_node.html?_nnn=true
- ²³ 2. Periodischer Sicherheitsbericht der Bundesregierung, 2006, S. 20
- ²⁴ Henkel: Anzeigeverhalten. In: Kriminologie-Lexikon Online, http://www.krimlex.de/artikel.php?BUCHSTABE=&KL_ID=17 (19.06.2016)
- ²⁵ Vgl. dazu auch Stadler/Walser: Verzerrungsfaktoren und Interpretationsprobleme der PKS unter besonderer Berücksichtigung ausländischer Staatsangehöriger. In: Heinz [Hrsg.]: Kriminalprävention auf kommunaler Ebene – Eine aussichtsreiche "Reform von unten" in der Kriminalpolitik? Heidelberg 1997, S. 221 – 238.
- ²⁶ Demnach sind zwei Drittel der Delikte, die Flüchtlinge begehen, Ladendiebstähle und Beförderungserschleichung. Bei den 18 Prozent Gewalttaten, die den Flüchtlingen zuzuordnen sind, handelt es sich meist um Gewalt innerhalb der Flüchtlingslager. Vgl. <http://www.derwesten.de/politik/fluechtlinge-bringen-nur-wenig-neue-kriminalitaet-aimp-id11514960.html#plx1634212031> (10.07.2016)

-
- ²⁷ <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article147739641/Auch-Polizisten-sind-Dummschwaetzer-und-Brandstifter.html?config=print> (10.07.2016)
- ²⁸ In 9,4% der Fälle erfolgt eine Anklage, in 11,5% wird ein Strafbefehl beantragt (Zahlen aus 2014).
- ²⁹ Vgl. Feltes, Gutachten „Manipulationsvorwürfe Polizeistatistik Brandenburg“, 2014, verfügbar unter <http://www.cdu-fraktion-brandenburg.de/aktuell/gutachten-manipulationsvorwuerfe-polizeistatistik-brandenburg> (10.07.2016)
- ³⁰ Vgl. dazu Feltes, Thomas (2013): Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung des Innenausschusses am 10. Oktober 2013 zum Antrag der FDP, Drucksache 16/2621 verfügbar unter <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument?Id=MMST16/951>.
- ³¹ Richtlinie 12.1 – Berichterstattung über Straftaten. „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte“.
- ³² Heinz (2003): Jugendkriminalität in Deutschland, Kap. 4.4: Kriminalität jugendlicher Zuwanderer. Verfügbar unter: <http://www.uni-konstanz.de/rtf/kik/Jugendkriminalitaet-2003-7-e.pdf> s.a. Heinz (2015): Jugendkriminalität - Zahlen und Fakten. Dossier für die Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/gangsterlaeufer/203562/zahlen-und-fakten?p=all>
- ³³ PKS Berlin 2014, S. 104.
- ³⁴ Vgl. Steffen u.a. Ausländerkriminalität in Bayern. Eine Analyse der von 1983 bis 1990 polizeilich registrierten Kriminalität ausländischer und deutscher Tatverdächtiger. München 1992; verfügbar unter https://www.polizei.bayern.de/content/4/3/7/15_auslaenderkriminalitaet_bayern.pdf
- ³⁵ Steffen/Elsner, Kriminalität ist keine Frage des Passes, sondern eine Frage von Lebenslagen. Kriminalität junger Ausländer. In: Deutsches Polizeiblatt, 5/2000, verfügbar unter <https://www.polizei.bayern.de/content/4/3/7/jungeausl.pdf> (02.05.2016)
- ³⁶ Eisner, Neue Kriminalpolitik 1998, 11 (11 ff.).
- ³⁷ Vgl. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html>
- ³⁸ Vgl. den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung unter <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Startseite/start.html>. Im Jahr 2013 verfügten zehn Prozent der Haushalte über 51,9 Prozent des Nettovermögens. 15 Jahre zuvor waren es noch 45,1 Prozent. Nur über ein Prozent des Vermögens verfügten dagegen die unteren 50 Prozent der Haushalte im Jahr 2013. 1998 waren es noch 2,9 Prozent.
- ³⁹ So aber Fuchs, Bernd in seinem Editorial zu Kriminalistik 7, 2016.
- ⁴⁰ Vgl. Weisburd/Farrington/Gill (Hrsg.): What Works in Crime Prevention and Rehabilitation: Lessons from Systematic Reviews. Springer 2016
- ⁴¹ Kreuzer, aaO., S. 449 f.
- ⁴² <http://www.welt.de/politik/ausland/article157142954/Paranoide-narzisstische-Persoenlichkeiten.html> (25.07.2016)
- ⁴³ ZuGleich Zugehörigkeit & (Un-)Gleichwertigkeit. Studie der Stiftung Mercator. Autor Andreas Zick; verfügbar unter <https://www.stiftung-mercator.de/de/projekt/zugleich-zugehoerigkeit-un-gleichwertigkeit/> (28.07.2016)
- ⁴⁴ Interview mit Andreas Zick in der taz vom 26.07.2016, <http://www.taz.de/!5327727/> (26.07.2016); Unterlagen zum Projekt finden sich unter <https://www.stiftung-mercator.de/de/projekt/zugleich-zugehoerigkeit-un-gleichwertigkeit/> (28.07.2016)